

Presseinformation 12/2025

Kein Aufschub beim Klimaschutz

Sorgen bereitet dem Verband für Wirtschaft und Umwelt die Ankündigung der Sondierer für eine neue Bundesregierung, Infrastrukturmittel in den massiven Ausbau von Gaskraftwerken und in die Forschung von Fusionskraftwerken stecken zu wollen. Solche Schwerpunkte würden nach Auffassung des nachhaltigen Wirtschaftsverbandes zu einer Verlangsamung des Ausbaus erneuerbarer Energieanlagen führen und damit notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz behindern.

Der Verband verweist auf eine aktuelle Kurzstudie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) [im Auftrag von Green Planet Energy](#), wonach eine Verlangsamung des Erneuerbaren-Ausbaus um 25 Prozent bis 2030 zu Investitionseinbußen von 65 Milliarden Euro führen würde. Das würde die erneuerbare Energiewirtschaft rund 65.000 Arbeitsplätze in den kommenden Jahren kosten. Angesichts der erheblich gewachsenen Schäden durch den menschengemachten Klimawandel würde eine solche Politik kontraproduktiv sein und der Wirtschaft mehr schaden als nützen. Wirtschaft brauche klare Rahmenbedingungen für die Transformation und Umstellung auf klimaneutrales Produzieren.

Der Wirtschaftsverband empfiehlt deshalb in den Koalitionsverhandlungen für Planungssicherheit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu sorgen statt einen harten Bruch mit einer Finanzierung in teure Gaskraftwerke, Wiederherstellung abgeschalteter Gaspipelines oder neue Geschäfte mit der fossilen russischen Energiewirtschaft in Erwägung zu ziehen. Keine alten Abhängigkeiten von einem Staat, der Krieg als Mittel der Politik betrachtet und [seit vielen Jahrzehnten in gewalttätige Auseinandersetzungen](#) und Kriege verstrickt sei. Es brauche dagegen eine Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten, ergänzt der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz.

Wer Klimaschutz und Wirtschaft fördern will, müsse bürokratische Hürden für die Energiewende abbauen, Genehmigungsprozesse vereinfachen und Verfahren beschleunigen. Eine CO₂-Bepreisung müsse für alle Sektoren gelten und durch ein Klimageld für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger flankiert werden. Auch bei der Wärmewende müsse Planungssicherheit an oberster Stelle stehen und keine alten Wahlkampfparolen. Bei der notwendigen Umstellung der Elektromobilität sei es Aufgabe der Politik, für eine dichte Ladeinfrastruktur zu sorgen. Das zentrale Motto beim Klimaschutz laute „Weg vom Feuer, hin zum Strom“. Dies müsse sich in den Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung widerspiegeln, so die Verbände abschließend.